Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Karlsruher Zeitung. 1784-1933
1864

2.8.1864 (No. 180)

Visual Library

Karlsruher Zeitung.

Dienstag, 2. August.

N. 180. Vorausbezahlung: halbjährlich 4 fl., vierteljährlich 2 fl., durch die Post im Großherzogthum Baden 4 fl. 15 kr. und 2 fl. 8 kr.
Einrückungsgebühr: die gespaltene Petitzeile oder deren Raum 5 kr. Briefe und Gelder frei.
Expedition: Karl-Friedrichs-Straße Nr. 14, woselbst auch die Anzeigen in Empfang genommen werden. **1864.**

Telegramme.

† **München,** 1. Aug. Die „Bayer. Ztg." schreibt: „Die bayrische Regierung erkennt in der Besetzung Rendsburgs durch die Preußen eine Maßregel, die mit dem Bundesrecht im Widerspruch steht und das Ansehen des Bundes schwer verletzt, — ein für die Sicherheit und Selbständigkeit der kleineren Bundesstaaten höchst bedenklicher Vorgang. Sie hat daher ihren Bundestags-Gesandten angewiesen, die sofortige Entfernung der am 21. v. M. in Rendsburg eingerückten Preußen, also die wesentliche Wiederherstellung des frühern Zustandes, zu verlangen."

Wien, 30. Juli. (N. Fr. Z.) Durch Schwierigkeit des Telegraphenverkehrs mit Kopenhagen sind die dänischen Bevollmächtigten ungenügend instruirt; daher Ausfall der Freitagssitzung wegen Mangel einer Vorlage. Heute wird wahrscheinlich Sitzung abgehalten.

† **Wien,** Sonntag 31. Juli. In der gestrigen Konferenzsitzung wurde die Waffenruhe bis zum 3. August verlängert.

Wien, 31. Juli. (Allg. Ztg.) In heutiger Konferenz einigte man sich über die Ratifikation des vorgestern stipulirten Präliminarfriedens. Die Waffenruhe ward in Waffenstillstand verwandelt. Dem definitiven Friedensschluß bleiben die Enklavenfrage und die Ordnung der Kriegskosten-Entschädigung vorbehalten.

† **Wien,** 1. Aug. Hiesige Blätter melden: Die Konferenzverhandlungen gediehen in der Samstags-Sitzung bis zur Unterzeichnung der Friedenspräliminarien und zum Abschluß eines Waffenstillstandes. Die Friedensgrundlagen sind: Vollständige Abtretung der Herzogthümer sammt den jütischen Enklaven, mit Ausnahme des Amtes Ribe. Alsen und die Nordsee-Inseln fallen an Schleswig, die Ostsee-Insel Arroe bleibt bei Dänemark. Von Ribe aus soll behufs der Herstellung einer strategischen Grenze eine Grenzberichtigung erfolgen, welche jedoch die Integrität und Einheit der Herzogthümer nicht beeinträchtigt.

Paris, 1. Aug. (Sch. M.) Der „Moniteur" schreibt: Die Blätter melden, daß der Kaiser und die Kaiserin demnächst eine Reise nach dem Elsaß und Lothringen machen sollen. Diese Nachricht ist unbegründet.

Deutschland.

Ulm, 29. Juli. König Karl ist heute zum Besuch der Stadt Ulm eingetroffen. Er hat einen wahrhaft begeisterten Empfang gefunden.

München, 28. Juli. (Bayer. Bl.) Der König hat die Absicht, sich nächsten Samstag zu einem mehrtägigen Besuch der Kaiserin von Rußland nach Schwalbach zu begeben. Nach der Rückkehr von dort wird sich der König direkt nach Hohenschwangau begeben.

München, 30. Juli. (Allg. Ztg.) Es wird heute mit Bestimmtheit versichert, daß Se. Maj. der König das Entlassungsgesuch des Staatsministers der Justiz, Frhrn. v. Mulzer, und das Enthebungsgesuch des Staatsministers des Innern für Kirchen- und Schulangelegenheiten, Hrn. v. Zwehl, genehmigt habe, und eben so bestimmt bezeichnet man als künftigen Justizminister den Oberstaatsanwalt Eduard Bomhard, Bevollmächtigten Bayerns bei der Bundeskommission zur Entwerfung eines deutschen Zivilprozesses, und als künftigen Kultusminister den Regierungspräsidenten von Oberfranken, Hrn. v. Koch. Ueber die Ursachen dieses Ministerwechsels, der jedenfalls in Betreff des bisherigen Justizministers allgemein überraschen wird, verlauten die verschiedensten, jedoch keine zuverlässigen Angaben, so daß man vorerst Anstand nehmen muß, dieselben zu bezeichnen. Die nächsten Tage werden wohl nähere Aufklärung bringen.

Darmstadt, 29. Juli. (Fr. J.) Nach Erledigung der heutigen Tagesordnung unserer Zweiten Kammer verliest Metz den (bereits per Telegramm mitgetheilten) auf die schleswig-holsteinische Frage und die jüngsten Rendsburger Vorgänge bezüglichen Antrag. (Siehe „Karlsr. Ztg." Nr. 178.) Wernher hat Bedenken gegen den Antrag, weil bei der Verschiedenheit der Bestrebungen kein Resultat erzielt werde. Preußen werde nur einem Parlament in Berlin, Oesterreich nur einem in Wien beistimmen. Auch sei die Lostrennung der Herzogthümer von Dänemark nach den letzten Vorgängen als gesichert zu betrachten. Der Gewaltakt in Rendsburg sei mehr eine Uebereilung und habe keineswegs die Bedeutung, die ihm von vielen Seiten beigelegt werde. Hofmann (Friedberg) ist mit dieser Auffassung nicht einverstanden. Die Okkupation Rendsburgs sei jedenfalls, einerlei ob bei den vorausgegangenen Exzessen die Bundestruppen Recht oder Unrecht gehabt, ein „Akt brutaler Gewalt." Goldmann ist der Ansicht, daß ein Parlament bedeutende Anstände habe. Hillebrandt äußert seine Bedenken gegen einen übereilten Beschluß der Kammer in einer so wichtigen Frage. Stockhausen bezeichnet die Rendsburger Affaire als den „Anfang des Endes"; es sei der erste Uebergriff, dem noch andere folgen würden. Metz hebt hervor, daß die Fassung wörtlich demjenigen Beschluß entspreche, dem auf der Weihnachtsversammlung in Frankfurt 500 deutsche Abgeordnete einstimmig, ohne Rücksicht auf sonstige Parteistellung, beigestimmt haben. Absichtlich sei die Fassung eine möglichst allgemeine. Um allen Mißdeutungen vorzubeugen, sei absichtlich der Ausdruck „deutsches Parlament" vermieden; es sei ausdrücklich von „bundesrechtlichen Mitteln" gesprochen, und ganz allgemein von den „übrigen deutschen Regierungen", ohne einzelnen eine Sonderstellung zuzuweisen. Es sei nicht einmal ausgesprochen, ob die Abgeordneten vom Volke direkt oder durch die Bundesvertretungen, oder endlich durch die Regierungen selbst gewählt werden sollten. Um so mehr empfehle er den Antrag zur einstimmigen Annahme. Schulz ist mit dem Antrag überall unbedingt einverstanden. Die gegenwärtigen Lenker des deutschen Staatsschiffes, wie Bismarck und Rechberg, seien nicht befähigt, dasselbe vor der drohenden Strandung zu bewahren. Wenn die Sache weiter verlaufe, wie sie begonnen, werde manche kleinere Regierung dem Ausland in die Hände geführt und diesem Anlaß zur Einmischung in die inneren Fragen der Nation gegeben. Dies sei vor Allem zu vermeiden, und hierin seien auch alle deutschen Stämme einig. In diesem Sinn empfehle auch er den Antrag. Bei der Abstimmung wird der Antrag mit allen gegen drei Stimmen (Freiherr Löw, Freiherr Riedesel und Goldmann) angenommen.

Wiesbaden, Sonntag 31. Juli. (Fr. J.) Die Zweite Kammer hat in ihrer gestrigen Sitzung mit 16 gegen 7 Stimmen beschlossen, die Wahl des Abgeordneten Bürgermeisters Fuchs von Caub für den Bezirk Rüdesheim-St.-Goarshausen zu beanstanden, den genannten Abgeordneten vorläufig von der Theilnahme an den Geschäften auszuschließen, und den Gegenstand zur fernern Untersuchung an einen besondern Ausschuß zu verweisen.

Hannover, 28. Juli. Man schreibt der „Spener. Ztg.": „Die preußische Regierung hat hier wegen der Angriffe auf die preußischen Posten und die Bedrohung der Lazarethe durch hannover'sche Truppen Genugthuung gefordert. Das diesseitige Kabinet glaubt indessen jede zulässige Rücksicht auf den vom bundesrechtlichen Standpunkt immerhin streitigen Einmarsch der Preußen in Rendsburg, in Folge des stattgehabten Konflikts, bereits durch die Abberufung des Oberstleutnants Dammers und durch die Zurückziehung des hannover'schen Bataillons genommen zu haben."

Hamburg, 31. Juli. In Uebereinstimmung mit der „Berling. Ztg." vom Samstag wird aus Lübeck gemeldet: Der frühere Finanzminister Etatsrath Fenger ist heute von Kopenhagen hier eingetroffen und reist Nachmittags nach Wien weiter.

Altona, 28. Juli. (A. Z.) Eine neue Verordnung der Zivilkommissäre führt das früher mit Holstein gemeinsam gewesene Sanitätskollegium in Kiel in seine Autorität für Schleswig zurück, unter Aufhebung der k. dänischen Verordnung, welche ein besonderes Kollegium der Art für Schleswig hergestellt hatte. Alle schleswig'schen Aerzte und Apotheker stehen unter dieser Behörde, die auch Prüfungen neuantretender zu halten hat.

Altona, 31. Juli. (W. T.-B.) Das Verordnungsblatt für Schleswig enthält eine Verfügung der Zivilkommissäre, nach welcher der Unterricht an der Gelehrtenschule in Hadersleben in deutscher Sprache zu ertheilen ist, die dänische Sprache jedoch einer der wesentlichsten Lehrgegenstände bleiben soll.

Kiel, 27. Juli. (Hamb. Nchr.) Der Professor der dänischen Literatur an der Universität, Molbech (ein Däne), ist in letzter Zeit mehrfach genannt worden wegen der Proteste, die er gegen verschiedene Schritte des akademischen Konsistoriums eingelegt hat. Wir erfahren jetzt, daß derselbe, nachdem er bei den Bundeskommissären wiederholt um Urlaub nach Kopenhagen nachgesucht hatte und abschlägig beschieden war, jetzt seines Amtes enthoben ist. Selbstverständlich hatte Professor Molbech hier durchaus keine Wirksamkeit.

Berlin, 29. Juli. Der „Staatsanzeiger" enthält heute den Wortlaut einer am 6. Juni zwischen Oesterreich und Preußen abgeschlossenen Konvention über die Kompetenz zur Entscheidung über die durch die Kriegsmarine der beiden kontrahirenden Staaten gemeinschaftlich als Prisen aufgebrachten dänischen Fahrzeuge und über die Art der Vertheilung des Reinertrages solcher Prisen. Die Hauptbestimmung dieser Konvention ist die: daß, wenn eine Prise durch die Seemacht der beiden kontrahirenden Staaten gemeinschaftlich gemacht wird, die diesfällige Entscheidung den für Prisensachen kompetenten Behörden desjenigen Staates zustehen solle, dessen Flagge von dem Offizier geführt wird, welcher das Oberkommando bei der bezüglichen Aktion hatte.

Nachdem die „Zeitung für Norddeutschland" verboten worden ist, sind auch die preußischen Postanstalten von dem Handelsminister heute angewiesen worden, das Blatt „in Preußen" auch unter Streif- oder Kreuzband nicht zuzulassen.

Berlin, 30. Juli. Die „Nordd. Allg. Ztg." bringt folgenden Bericht über die Bundestags-Sitzung vom 28. d. M.:

Der preußische Bundestags-Gesandte hatte Veranlassung, drei verschiedene Erklärungen in Bezug auf die Rendsburger Angelegenheit abzugeben. Von den Zivilkommissären in Holstein wurden die eingegangenen Berichte zur Kenntniß der Versammlung gebracht.

In diesen Berichten waren Insinuationen gemacht worden, die andeuteten, daß die Vorfälle in Rendsburg nur den Vorwand zur Besetzung der Stadt abgegeben hätten. Indem der preußische Gesandte für die Ueberweisung dieser Berichte an den Ausschuß stimmte, sah er sich zugleich veranlaßt, diese der Form und der Sache nach jeder Begründung entbehrenden unpassenden Insinuationen mit aller Entschiedenheit zurückzuweisen, seiner Regierung aber weitere Schritte in Beziehung auf die von den Kommissären zur vorliegenden Sache eingenommenen Stellung vorzubehalten.

Dann sprach der preußische Gesandte ausführlich über die Gründe, welche die preußische Regierung zur Besetzung Rendsburgs bestimmt hätten. Die Maßregel sei eine lediglich militärische, welche die Sicherung der in Rendsburg befindlichen Lazarethe und Depots, sowie der Verbindungslinien der verbündeten Armee bezweckt habe. Die am 18. und 19. d. M. gegen die Truppen der verbündeten Mächte verübten Thätlichkeiten hätten die Dimensionen einer einfachen Schlägerei überschritten. Im Kriegszustand unterlägen dergleichen Vorgänge einer andern Beurtheilung und wären von anderer Bedeutung, als in Friedensgarnisonen. Die Schildwachen und die Lazarethe, in welchen Schwerverwundete lagen, wären angegriffen worden. Die Anordnung zur Verhütung der Wiederkehr dieser Konflikte sei durchaus nothwendig geworden, da der Befehlshaber der Exekutionstruppen nicht in der Lage gewesen, diese Sicherheit sofort zu gewähren und die kleine Anzahl Preußen im Kronwerk daher die Nacht unter den Waffen hatten bleiben müssen, um die Lazarethe gegen Wiederholung der versuchten Angriffe zu vertheidigen. Anforderungen an den Bund und die betreffenden Regierungen würden zu einem bedenklichen Zeitverlust geführt haben, und für das Oberkommando lag daher eine militärische Nothwendigkeit vor, sofort Vorkehrungen treffen zu lassen, welche die Sicherung der Lazarethe und der Freianstalten verbürgten und durch ihre Stärke weitern Konflikten vorbeugten. Am Schluß machte der Gesandte die Bemerkung, daß Preußen es nur natürlich finden könne, wenn von dem ohne Instruktion befindlichen Oberkommando der Exekutionstruppen die von ihm für nöthig befundene Zurückziehung der bisherigen Garnison einstweilen mit einer Verwahrung begleitet worden sei. Im Lauf der Erörterung bemerkte beiläufig der preußische Bevollmächtigte, es sei übrigens von Seiten des alliirten Oberkommando's diese Zurückziehung der Exekutionstruppen nicht verlangt worden, und so sei selbstverständlich auch gegen die Rückkehr der Exekutionstruppen nach Rendsburg kein Bedenken vorhanden.

Hierauf erklärte der sächsische Bevollmächtigte, daß seine Regierung keinen Antrag stellen wolle, da auch ihre Beschwerden über die Vorgänge in Altona keinen Erfolg gehabt hätten. Sie werde aber dafür Sorge tragen, daß bei einer abermaligen analogen Zumuthung ihre Truppen nur der Gewalt und nicht der Drohung zu weichen hätten. Sie lehne im voraus die Verantwortung für alle daraus entstehende Folgen ab.

Die Erklärung Hannovers beschränkte sich darauf, nachzuweisen, daß gar keine militärische Nothwendigkeit zum Einmarsch der Preußen in Rendsburg vorgelegen habe. Die Berichte über die Vorgänge seien je nach der Quelle gefärbt. Die Exekutionstruppen wären durch den Einmarsch der Preußen aus Rendsburg verdrängt worden. Alle weiteren Schritte müsse er seiner Regierung vorbehalten. Ein besonderer Antrag wurde von Hannover nicht gestellt.

Der preußische Bevollmächtigte behielt sich zwar weitere Erklärungen auf die Seitens des sächsischen und hannover'schen Gesandten abgegebenen vor, sprach aber schon jetzt sein entschiedenes Bedauern über die von Sachsen in Aussicht gestellte Eventualität nach jeder Richtung hin aus. In derselben Sitzung erklärte Anhalt, daß es mit dem Protest gegen Preußen, welcher an die Zurückziehung der Exekutionstruppen aus Rendsburg geknüpft war, nicht einverstanden sei, während der österreichische Bevollmächtigte den Wunsch aussprach und die Hoffnung hegte, daß es zu einer bundesfreundlichen Verständigung in der Rendsburger Angelegenheit unter den betheiligten Regierungen kommen werde. Weder die sächsische noch die hannover'sche Regierung haben also an ihre Erklärungen Anträge geknüpft.

Der bereits in einer frühern Sitzung angekündigte preußische Antrag wegen anderwärtiger Regelung der Besatzungsverhältnisse in Holstein steht also noch bevor.

Breslau, 27. Juli. Die „Schweidnitz. Ztg." meldet vom gestrigen Tage: „Kapitän Hammer hat seit gestern früh in unserer guten Stadt Schweidnitz sein unfreiwilliges Asyl gefunden. Mit ihm zugleich sind noch einige dänische Marineoffiziere und mehrere auf den Zollkuttern stationirt gewesene dänische Zollbeamte als Gefangene hierselbst untergebracht worden. Unsere Dänen wollten es durchaus nicht glauben, daß sich Hammer hätte fangen lassen, und bezeichneten sogar die offizielle Nachricht von seiner Gefangennahme als eine Zeitungsente. Heute speisen sie mit ihm an einer Tafel."

Wien, 29. Juli. Hr. v. Schmerling, der in den letzten Tagen verreist war, ist wieder zurückgekehrt und hat dem Hrn. v. Bismarck wiederholte Besuche abgestattet und von demselben erhalten.

†† **Wien,** 30. Juli. Es ist sicher, daß ein Zwischenfall von mehr als gewöhnlicher Bedeutung die regelmäßigen Arbeiten der Friedenskonferenz unterbrochen hat; aber über die Natur dieses Zwischenfalls sind die verschiedensten Lesarten im Umlauf. Die beglaubigtste ist jetzt die, daß Dä-

nemark den Versuch gemacht hat, seine volle Integrität — einschließlich Schleswig-Holsteins — durch das Anerbieten seines Gesammteintritts in den Bund zu erkaufen; wie verspätet auch dieses Anerbieten kommen mochte, es konnte augenscheinlich einige, wenn auch noch so geringe Hoffnung aus der Thatsache ableiten, daß eine solche Kombination in einer frühern und noch nicht sehr weit zurückliegenden Zeit der Lieblingsgedanke der österreichischen Politik gewesen. Aber was vielleicht vor einigen Monaten noch als eine wenigstens zu diskutirende Lösung erschienen wäre, mußte, wie jetzt die Sachen liegen, unbedingt zurückgewiesen werden, und das ist denn auch dem Vernehmen nach geschehen. So waren also die dänischen Bevollmächtigten, welche jedenfalls auf eine eingehende Debatte gezählt haben mochten, in deren Verlauf sich vielleicht ein Anlaß ergeben haben würde, zu einer verwandten Kombination, abermals mit Festhaltung des Grundgedankens des Beisammenbleibens — in irgend einer Form — des bisherigen Länderkomplexes der dänischen Monarchie überzulenken, in der Lage, sich in Kopenhagen weitere Instruktionen erbitten zu müssen, welche sie ermächtigten, sich rückhaltslos und bestimmt auf die hiernach allein noch verbleibende Basis der Abtrennung der Herzogthümer zu stellen, und es ist begreiflich, daß diese Ermächtigung, zumal unter dem Eindruck der Verhandlungen des dänischen Reichsraths, erst nach einem letzten Zaudern und Schwanken erfolgte. Indeß seit gestern Abend, so wird wenigstens mit großer Bestimmtheit versichert, befindet sich derselbe in den Händen des Hrn. v. Quaade, und so wird man voraussichtlich heute das Prinzip formuliren und vereinbaren, und sofort an', wenn noch nicht den Waffenstillstand selbst abschließen, so doch eine entsprechende Verlängerung der Waffenruhe anordnen können.

Frankreich.

* **Paris**, 30. Juli. Der „Constitutionnel" verbreitet sich heute in einem Artikel über die Wandelungen der Stellung der deutschen Regierungen zu der deutsch-dänischen Frage. Preußen und Oesterreich, sagt Hr. P. Lymeirac, hätten von 1851 bis 1863 im Namen des Bundes mit Dänemark unterhandelt, die Exekution in Holstein sei durch den Bund angeordnet worden, und Preußen und Oesterreich hätten beim Ueberschreiten der Eider die Rechte Deutschlands wahren zu wollen behauptet. Heute sei der Bund bei den Wiener Konferenzen nicht einmal vertreten, und in Rendsburg setzten die Vormächte ihre Autorität an die Stelle jener des Bundes. Aehnlich bezüglich der Erbfolge-Frage. Noch in der Londoner Konferenzsitzung 28. Mai hätten sich Preußen und Oesterreich mit dem Bundesvertreter für den Herzog von Augustenburg erklärt, und jetzt stellten sie den Großherzog von Oldenburg mit ihm auf gleichen Fuß. Auch von andern Kombinationen sei die Rede; ja es gehen Gerüchte von Uebereinkommen, „die, ohne den Wünschen der Bevölkerung Rechnung zu tragen, ehrgeizigen Gelüsten nach einer Gebietsvergrößerung (ambitions territoriales) Befriedigung gewähren würden."

— So gibt sich — schließt der Artikel — von jedem Gesichtspunkt aus betrachtet, in der gegenwärtigen Politik Preußens und Oesterreichs ein offenbares Ablenken vom anfänglichen Ziel kund, und dies gerade hat in Deutschland, den beiden Großmächten gegenüber, jenen von uns bereits angedeuteten Umschlag in der öffentlichen Meinung hervorgerufen. Deutschland wundert sich in der That darüber, daß Preußen und Oesterreich ohne den Bund Frieden schließen können, und daß man vor dem so weisen und billigen Grundsatz, keine Frage außerhalb und ohne Mitwirkung aller an ihr betheiligten Parteien zu lösen, keine größere Achtung bezeigt. Man erinnert sich wohl, daß gerade diesem Grundsatz Preußen selbst den Zutritt zum Pariser Kongreß verdankte. Hat es an dem Krimmkrieg Theil genommen? Nein; allein dies hinderte die französische Regierung nicht, im Interesse der europäischen Ordnung auf der Zulassung Preußens zum Kongreß zu bestehen. Und als Kaiser Napoleon ... Europa einen allgemeinen Kongreß vorschlug, wandte er sich etwa in Deutschland nur an Oesterreich und Preußen? Nein, er wandte sich auch an den Deutschen Bund und an die andern Souveräne, die irgend ein Recht geltend zu machen, ein Interesse zu vertheidigen haben konnten. Ebenso verlangte Frankreich, als ihm behufs der Beilegung des dänisch-deutschen Streites der Vorschlag zur Londoner Konferenz gemacht wurde, daß der Bundestag auf derselben vertreten werde. Es war dies nicht mehr als billig, und gleichzeitig ein Akt guter und umsichtiger Politik. Man scheint dies in Wien und Berlin nicht so aufzufassen. Und darum sieht Deutschland heute mit Mißvergnügen und nicht ohne Besorgniß, wie die beiden Kabinette von den Bedingungen sich entfernen, die allein in der Zeit, in der wir leben, ernstliche Lösungen herbeizuführen und ein dauerndes Werk zu begründen vermögen.

♁ **Paris**, 30. Juli. Lord Clarendon ist gestern in Paris eingetroffen; er wohnte einem Diner bei Lord Cowley an, zu welchem auch Hr. Drouyn de Lhuys und die Gesandten von Preußen, Schweden und Dänemark eingeladen waren, und reiste Abends nach Vichy ab. Man schreibt dieser Reise natürlich einen politischen Grund zu. In der auswärtigen Presse ist fortwährend von einem Rundschreiben, die dänisch-deutsche Angelegenheit betreffend, die Rede, welches jüngst den französischen Repräsentanten zugegangen sein soll. Der „Patrie" zufolge sind diese Gerüchte unbegründet. Dagegen hat, dem Vernehmen nach, das Berliner Kabinet in London, Paris und St. Petersburg beruhigende Erklärungen wegen der Besetzung Rendsburgs abgegeben.

Der „Moniteur" bringt Berichte aus Mexiko, 26. Juni. Kaiser Maximilian hatte den Minister der auswärtigen Angelegenheiten der Regentschaft, Hrn. Arroyo, provisorisch durch den Unterstaatssekretär der Finanzen, Hrn. Martin de Castillo, ersetzt. Der General Bazaine und Hr. Corta waren beauftragt, Kriegs- und Finanzkommissionen zu bilden. „Im Uebrigen — fügt der „Moniteur" bei — ist die Sachlage in jeder Beziehung vortrefflich." Privatnachrichten wollen freilich mit der letzten Versicherung des amtlichen Blattes nicht recht harmoniren. So schreibt z. B. ein Offizier aus Zacattora, 30 Stunden von Puebla und jetzt „mit Pazifizirung der Sierra" beschäftigt, woraus hervorzugehen scheint, daß es selbst in der Nähe Puebla's noch zu pazifiziren gibt. Bezeichnend ist auch folgende Stelle aus dem genannten Briefe: „Ich benütze, um Ihnen Nachricht zu geben, die Gelegenheit eines Zahlmeisters (Officier payeur), der sich mit etlichen Paketen, darunter mein Brief, von 150 Reitern geleitet, nach Puebla begibt."

In dem Korrespondentenprozesse, der wegen Absendung sog. polygraphirter Zeitungsartikel an verschiedene Blätter gegen die HH. v. St. Chéron und Clairbois anhängig gemacht war, hat nun der Kassationshof sein gewichtiges Wort dareingeredet. Das verurtheilende Erkenntniß der zwei Instanzen wurde trotz der großen Bemühungen des Staatsprokurators-Substituten kassirt. Die Sache muß nun von neuem an die erste Instanz verwiesen werden.

Börse flau. Rente 66. Cred. Mob. 978. Ital. Anl. 67.95. Mex. Anl. 55 7/8.

Belgien.

Brüssel, 29. Juli. (Köln. Ztg.) Stadt und Land sind bereits in vollem Wahlfieber. Ueber den Ausgang der Krisis und das Ergebniß der auf den 11. Aug. anberaumten Neuwahlen sei vorläufig so viel konstatirt, daß die Siegeshoffnung im Lager der Liberalen eben so mächtig ist, wie auf klerikaler Seite die Niedergeschlagenheit sich fühlbar macht. Die parlamentarische Ausreißerei ist entschieden zu einem politischen Fiasco geworden: die Liberalen hat man dadurch zu entschiedenster Kampflust aufgestachelt, alle halb Indifferenten, welche in manchen Orten gelegentlich und im Einzelnen regelmäßig den Ausschlag geben, sich abwendig und viele ehrlich gesinnten Klerikalen und Konservativen argwöhnisch gemacht. Letztere Angabe ist dermaßen begründet, daß sogar in den Reihen der Deserteure selber einige Herren, und darunter besonders gewichtige, sich nunmehr weigern, für den unüberlegten oder doch jedenfalls falsch berechneten Akt der Partei einzustehen und das Manifest, welches letztere dem Land plausibel machen sollte, zu unterzeichnen. Hr. De Decker befindet sich unter den Letzteren und hat rundweg erklärt, er werde lieber ganz aus dem politischen Leben zurücktreten, da er seinen ehrlichen Namen nicht zur Verantwortung für unverantwortliche Handlungen hergeben wolle. Das Manifest der Klerikalen soll morgen erscheinen und wird im Namen der Linken von Hrn. Orts beantwortet werden. — Der König wird nicht vor Ende kommender Woche aus Vichy zurückerwartet. Man versichert fortwährend, daß Gesundheitsrücksichten (der König trinkt seit Langem Vichy-Brunnen) bei der Reise ausschließlich maßgebend gewesen.

Brüssel, 30. Juli. (W. T.-B.) Gestern Abend ist ein Manifest der Oppositionspartei erschienen. Dasselbe besagt im Wesentlichen: Die Opposition habe durch die Nichttheilnahme an den letzten Sitzungen der Deputirtenkammer gegen eine Parteimaßregel protestiren wollen, die man laut offenen Zugeständnisses durch Ueberraschung durchzuführen versuchte; die Loyalität des politischen Verhaltens habe die Nothwendigkeit einer solchen Antwort auf eine äußerste Aggressivmaßregel auferlegt.

Wir vertrauen — heißt es in dem Manifest weiter — der Stärke der Institutionen, der Weisheit des Königs, der Intelligenz des Landes; der Volkswille wird sich zu Gunsten einer Politik aussprechen, welche aus Antrieben des Patriotismus die Liebe zu den bestehenden Institutionen erhöht, den Fortschritt begünstigt, die Vermehrung der Staatsausgaben verweigert, und die Verfassung zu ihrem Vereinigungspunkte macht. Möge Mäßigung die Parteien leiten, damit es der Regierung gelinge, die Einigkeit wiederherzustellen.

Dänemark.

Kopenhagen, 28. Juli. (Nat.-Ztg.) Das Marineministerium veröffentlicht heute den Bericht des Orlogskapitäns Muxoll über den in der Nacht auf den 29. Juni erfolgten Uebergang der Preußen nach Alsen. Aus demselben geht hervor, daß dänischer Seits folgende Kriegsschiffe bereit lagen, um den Uebergang des Feindes über den Alsener Sund zu verhindern: 1) das Thurmschiff „Rolf Krake", 2) das Linienschiff „Frederik VI.", 3) der Kriegsdampfer „Hertha", 4) die Kanonenboote „Willemoes", „Thura" und „Buhl", 5) die Kanonenschaluppen Nr. 17, 18, 19, 21 und 22, und 6) die Kanonenjollen „Kolding" und „Baagö". Es ist bekannt, wie wenig diese zahlreiche Flottille geleistet hat. Vom „Rolf Krake" erfährt man, daß seine Takelage durch die preußischen Geschosse bedeutend gelitten hat, sowie daß man es für nothwendig befundet hat, die Masten durch neue zu ersetzen. Nur zwei Stahlgeschosse haben auf den Panzer erheblich eingewirkt, das eine schlug am Fuß des vordern Thurmes ein, hinterließ eine Furche 1 3/4 Zoll tief, zerbrach 2 Bolzen und hob die 15 Fuß lange Platte um 1/8 Zoll, jedoch ohne daß der Thurm weiter beschädigt wurde; das andere traf den Panzer gerade im Wasserspiegel und drang 1 1/4 Zoll in die Platte ein. Von der Panzerbatterie wurden 108 Granaten und 8 Schrotsäcke verschossen.

„Dagbladet" berichtet über reaktionäre Adressen, die in einzelnen seeländischen und fünen'schen Städten zirkuliren, angeblich jedoch keine Unterschriften finden.

Kopenhagen, 28. Juli. Man schreibt der „Nat. Ztg.": Nicht minder eifrig, wie etwa auf der Konferenz in Wien, werden jetzt hier in den verschiedensten Kreisen die Bedingungen, unter welchen der Frieden zu erlangen sein wird, debattirt. Nach den in der Adreßberathung im Volksthing gefallenen kriegerischen Aeußerungen zu schließen, würden nur geringe Aussichten vorhanden sein, daß mit Ablauf der Waffenruhe nicht auch aufs neue die Feindseligkeiten ihren Anfang nehmen werden; für eine Unterwerfung unter das Gebot der Nothwendigkeit sind nur wenige Redner aufgetreten; desto häufiger und desto lauter erschallte die Stimme Derer, welche aufforderten, bis zum letzten Mann und mit Aufbietung der letzten Kräfte für ein Dänemark bis zur Eider zu kämpfen. Sind diese Redner nun wirklich die Vertreter der Stimmung des dänischen Volks? Gewiß nicht, nicht einmal die ihrer eigenen Ueberzeugung. Sie sind nur Schauspieler, welche in dem Bewußtsein, daß die Augen ganz Europa's auf die Vorgänge im Reichsrath gerichtet sind, sich verpflichtet fühlen, die todesmuthige Opferwilligkeit des dänischen Volks ins hellste Licht zu stellen, um so das Mitleid für eine im Kampf gegen die Uebermacht rücksichtsloser Feinde unterliegende Nation von Helden wach zu rufen und wo möglich eine Intervention herbeizuziehen, die sie, auf ihr angebliches Recht pochend und an das Gerechtigkeitsgefühl appellirend, bis jetzt vergebens beansprucht haben.

Um so mehr muß man erstaunen, wenn selbst erprobte Staatsmänner wie der Conseilpräsident noch auf einen Erfolg der frühern Politik des Hinhaltens und der Täuschungen rechnen können, wie derselbe aus seiner Warnung gegen Annahme der Adresse hervorgeht, da er die Befürchtung ausspricht, die deutschen Großmächte möchten durch die Verhandlungen die Wünsche des dänischen Volks erkennen und dasselbe die Erfüllung derselben theurer bezahlen lassen. Nur ein offenes und ehrliches Eingehen auf die von den deutschen Großmächten gestellten Bedingungen kann zu einem günstigen Resultat führen; denn nicht die Wünsche Dänemarks sind es, um die es sich handelt, sondern die Bewahrung der tief gekränkten und theuer zurückerkauften Rechte der deutschen Nation. Die Aeußerung des Ministers Bluhme läßt freilich noch die Vermuthung offen, daß es vielleicht seine Absicht sei, nicht Deutschland, sondern das eigene Volk zu täuschen.

Abgesehen von den Parteiführern, welche es nicht mit ihrer Ehre vereinigen können, jetzt einzulenken, ist die Bevölkerung im Allgemeinen für den Frieden, sei es auch unter noch so schweren Bedingungen.

Kopenhagen, 30. Juli. (Köln. Ztg.) Im Landsthing sollte heute die zweite Verhandlung der Adresse beginnen; der Conseilspräsident erklärte aber, daß hoffentlich binnen wenigen Tagen ein Resultat der eingeleiteten Verhandlungen zu erwarten wäre, und bat deßhalb, in die Adreßverhandlung nicht schon heute einzutreten. Es wurde ein Aufschub beschlossen. Der Gesetzentwurf wegen einer Staatsanleihe wurde ohne Debatten zur zweiten Verhandlung gewiesen.

Großbritannien.

* **London**, 29. Juli. Parlamentsverhandlungen vom 28. Juli.

Im Unterhaus richtet Kinglake an den Unterstaatssekretär des Auswärtigen mehrere, das neue mexikanische Kaiserthum betreffende Fragen: Ob die Regierung wisse, welcher Theil der Staaten und Gebiete Mexiko's von der französischen Invasionsarmee unterjocht worden sei; durch welche Mittel und in welchen Bezirken die Autorität der Republik Mexiko durch das sog. „Kaiserreich" des Erzherzogs Ferdinand Maximilian verdrängt worden sei; und ob der erste Lord des Schatzamtes oder der Staatssekretär des Auswärtigen der französischen Regierung irgend einen Grund gegeben habe zu erwarten, daß Ihre Majestät den Rath erhalten werde, den Erzherzog als Kaiser von Mexiko anzuerkennen, bevor er seine Autorität in dem größten Theil der jetzt unter der Herrschaft des Präsidenten Juarez stehenden Staaten und Gebiete thatsächlich begründet hat. Layard erwiedert, es sei einigermaßen schwierig, genau zu ermitteln, welcher Theil von Mexiko sich wirklich in den Händen der neuen mexikanischen Regierung oder besser in der Gewalt der französischen Truppen befinde. Den neuesten Nachrichten zufolge hätten die Franzosen die Hauptstadt, dann Vera-Cruz, Tampico und mehrere andere Orte besetzt. Wie sein ehrenwerther Freund ohne Zweifel wissen werde, sei es mit Bezug auf dieses unglückliche Land, beinahe unmöglich, zu sagen, daß irgend eine Regierung sich jemals im Besitz der ganzen Republik befunden habe. Der Präsident habe selten mehr als die Hauptstadt, Vera-Cruz und einen oder zwei andere Orte inne gehabt, und die übrigen Theile der Republik befanden sich gewöhnlich im Zustand der Empörung oder des Ungehorsams. Man habe daher den Brauch befolgt, diejenige Regierung, die sich im Besitz der Hauptstadt befand, stets als die Regierung faktisch anzuerkennen. Der Erzherzog Maximilian befinde sich jetzt im Besitz nicht nur der Hauptstadt, sondern auch eines ansehnlichen Theiles des mexikanischen Gebiets; und Ihrer Maj. Regierung habe der französischen auf vertraulichem Weg wissen lassen, daß sie beabsichtige, Ihrer Maj. die Anerkennung des Erzherzogs Maximilian als Kaiser von Mexiko anzurathen, sobald der Erzherzog sich wirklich in der Hauptstadt Mexiko befinde und den europäischen Mächten anzeige, daß er die Regierung angetreten habe. Er vermöge dem Hause keine Versicherung zu geben, daß er im Stande sein werde, nachzuweisen, daß der Erzherzog Maximilian ganz Mexiko im Besitz habe, obwohl er ohne Zweifel zeigen könne, daß ein großer Theil davon in seiner Gewalt sei. Bei dem eigenthümlichen Charakter der mexikanischen Zustände lasse sich niemals behaupten, daß der größere Theil des Landes unter irgend einer bestimmten Regierung stehe. Immer ständen mehrere Häuptlinge in Waffen; immer seien in Mexiko Massen Leute bereit, rechts und links zu rauben und zu plündern, so daß in einigen Gegenden eine vollständige Anarchie herrsche. Hoffentlich werde sich in Zukunft ein besserer Zustand herausbilden, und er glaube, es werde den brittischen Kaufleuten und Ansiedlern in Mexiko zum Vortheil gereichen, daß die faktische Regierung Mexiko's von England anerkannt wird. (Hört!)

Lord Howard bringt die Auswanderung nach Nordamerika unter den jetzigen Bürgerkriegs-Zeiten zur Sprache. Sowohl in England, wie in Irland seien amerikanische Agenten thätig, um junge Leute unter dem Vorwand, ihnen auf amerikanischen Eisenbahnen Arbeit verschaffen zu wollen, nach dem Kriegsschauplatz zu locken und unter die Soldaten zu stecken. Dies Handwerk werde systematisch betrieben, und er fordere die Regierung auf, dem gesetzwidrigen Treiben durch angemessene Maßregeln entgegenzutreten. Hennessy verlangt ähnliche Maßregeln zum Schutz der jungen Männer in Süd-Irland. Layard ist mit den ehrenw. Gentlemen ganz einverstanden, macht jedoch auf die Schwierigkeiten der Sache aufmerksam, da die Agenten das Gesetz immer schlau zu umgehen wüßten. Die Regierung könne unmöglich mehr thun, als die Auswanderer vor den ihnen drohenden Gefahren warnen.

Das Parlament wurde heute Nachmittag um halb 3 Uhr mit folgender Thronrede prorogirt:

Mylords und Gentlemen! Ihre Majestät befiehlt uns, Sie der längern Anwesenheit im Parlament zu entheben und Ihnen zugleich Ihrer Maj. Erkenntlichkeit auszudrücken für den Fleiß und Eifer, mit welchem Sie sich der Erfüllung Ihrer Pflichten in der jetzt geschlossenen Session gewidmet haben. Ihre Maj. befiehlt uns, Ihnen mitzutheilen, wie sehr sie es bedauert, daß ihre im Einvernehmen mit dem Kaiser der Franzosen, dem Kaiser von Rußland und dem König von Schweden unternommenen Bemühungen, eine Aussöhnung zwischen den deutschen Mächten und dem König von Dänemark herbeizuführen, kein Erfolg gekrönt hat, und daß die während der Unterhand-

lung suspendirten Feindseligkeiten wieder begonnen haben. Ihre Maj. vertraut jedoch darauf, daß die zwischen den Kriegführenden eröffneten Unterhandlungen den Frieden in Nordeuropa wieder herstellen werden. Nachdem Ihre Maj. sich an die Mächte gewandt hat, welche Mitunterzeichner des Vertrags waren, durch welchen die Jonische Republik unter die Schirmherrschaft Großbritanniens gestellt wurde, und nachdem sie die Zustimmung jener Mächte zu der Annektirung der genannten Republik an das Königreich Griechenland erlangt hat, und nachdem die Stände der Jonischen Republik darein gewilligt haben, ist die Republik der 7 Inseln förmlich mit Griechenland vereinigt worden, und Ihre Maj. ist der Zuversicht, daß diese Vereinigung zur Wohlfahrt und zum Gedeihen aller Unterthanen Sr. Maj. des Königs der Hellenen dienen werde. Ihrer Maj. Beziehungen zum Kaiser von China sind nach wie vor freundlicher Natur und der Handel ihrer Unterthanen mit dem chinesischen Reich ist im Steigen begriffen. Im Einvernehmen mit dem Kaiser von Oesterreich, dem Kaiser der Franzosen, dem König von Preußen, und dem Kaiser von Rußland hat Ihre Maj. sich bemüht, eine gütliche Ausgleichung der Mißhelligkeiten zuwege zu bringen, die zwischen dem Hospodaren von Moldau-Wallachien und seinem Oberherrn, dem Sultan, ausgebrochen sind. Ihre Maj. hat die Befriedigung, Ihnen anzeigen zu können, daß diese Bemühung erfolgreich gewesen ist. Ihre Maj. beklagt es tief, daß der Bürgerkrieg in Amerika nicht zu Ende ist. Ihre Maj. wird eine strenge Neutralität zwischen den Kriegführenden zu beobachten fortfahren, und würde sich freuen, wenn eine freundliche Aussöhnung zwischen den streitenden Theilen zu Stand käme.

Gentlemen vom Haus der Gemeinen! Ihre Majestät befiehlt uns, Ihre warme Erkenntlichkeit auszudrücken für die reichlichen Subsidien, welche Sie für den Dienst des gegenwärtigen Jahres und behufs der dauernden Befestigung der Bauwerften und Arsenale Ihrer Majestät bewilligt haben.

Mylords und Gentlemen! Ihre Majestät hat mit Befriedigung bemerkt, daß der durch den nordamerikanischen Bürgerkrieg in einigen der Fabrikbezirke verursachte Nothstand sich bedeutend gemindert hat, und Ihre Majestät gibt sich der Zuversicht hin, daß größere Quantitäten des Rohstoffs für die Industrie sich aus Ländern werden herbeischaffen lassen, welche ihn bisher nur in dürftigem Maß geliefert haben. Die Empörung gewisser Stämme in Neuseeland ist noch nicht unterdrückt, aber es gereicht Ihrer Majestät zur Befriedigung, zu wissen, daß ein großer Theil der eingebornen Bevölkerung jener Eilande sich an dieser Empörung nicht betheiligt hat. Sehr erfreut ist Ihre Majestät, zu beobachten, wie rasch sich die Hilfsquellen ihrer ostindischen Besitzungen entwickeln, und welche allgemeine Zufriedenheit unter der Bevölkerung jener ausgedehnten und weiten Lande herrscht. Ihre Majestät hat vielen gemeinnützigen Maßregeln, welche die Frucht Ihrer Arbeiten in der jetzt schließenden Session sind, ihre kordiale Zustimmung ertheilt. Die Akte, welche die in Fabriken überhaupt geltenden Regelungen auch auf die in verschiedenen Gewerken beschäftigten Weiber und Kinder ausdehnt, wird wesentlich dazu beitragen, die Gesundheit Derjenigen, zu deren Gunsten das Gesetz entworfen wurde, zu erhalten und ihre Erziehung zu verbessern. Die Akte, welche die Regierungsrenten einführt, wird die arbeitenden Klassen aufmuntern, sich an Sparsamkeit und Voraussicht zu gewöhnen, und ihnen ein Mittel an die Hand geben, die Früchte ihres Fleißes sicher anzulegen. Die Akte, welche weitere Vorschüsse auf öffentliche Bauten in einigen Fabrikbezirken erlaubt, wird zur Linderung des Nothstandes in diesen Bezirken beitragen und die Vollendung vieler für die Gesundheit der Bevölkerung hochwichtigen Bauten ermöglichen. Die Akte, welche die Anlegung von Eisenbahnen erleichtert, wird die Kosten vermindern, mit welchen die Ausdehnung dieser wichtigen Verkehrswege verbunden ist. Es hat Ihrer Majestät zur herzlichsten Freude gereicht, zu sehen, welch ein allgemeines Wohlergehen und welche Zufriedenheit in allen ihren Landen herrscht, wie die Hilfsquellen der Nation sich immer mehr heben und entwickeln, und wie Sie, nach Beschaffung genügender Geldmittel für den Staatsbedarf, noch im Stand gewesen sind, die Steuerlast bedeutend zu erleichtern. Indem Sie nach Ihren betreffenden Grafschaften zurückkehren, haben Sie auch dort wichtige Pflichten zu erfüllen, um die verschiedenen Klassen des Gemeinwesens fest an einander zu knüpfen, und Ihre Majestät betet inbrünstig, daß der Allmächtige Ihre Anstrengungen segnen und so lenken möge, daß das Ziel der steten Sorgfalt Ihrer Majestät, die Wohlfahrt und das Glück ihres Volks, erreicht werde.

* **London**, 30. Juli. Der gestern stattgehabten Prorogation des Parlaments sind im Unterhaus einige Interpellationen und ministerielle Erwiederungen vorhergegangen, die wir heute nachtragen müssen.

Der Sprecher nahm bald nach 2 Uhr seinen Sitz ein, worauf Sir H. Berney sich an den Premier wendet und bemerkt, daß Frankreich und England erklärt hätten, daß nach ihrer Meinung eine befriedigende Lösung der schleswig-holsteinischen Frage nicht erzielt werden könne, außer wenn man die Zustimmung des Volkes jener Länder, entweder durch dessen verfassungsmäßige Organe oder auf irgend eine andere Weise erlange; und da nun aus den von Preußen auf der Konferenz gemachten Vorschlägen hervorgehe, daß auch diese deutsche Großmacht jene Meinung theile, so frage er, ob Ihrer Maj. Regierung im Verein mit der Regierung des Kaisers der Franzosen Schritte gethan habe, um der preußischen Regierung dringend bemerklich zu machen, daß es recht sein würde, von jenem Prinzip nicht abzugehen, und wie wichtig es im Interesse des europäischen Friedens wäre, das Prinzip so bald als möglich zur Ausführung zu bringen? Lord Palmerston erwiedert, so lange die brittische Regierung mit den andern Mächten auf der Konferenz tagte, sei sie natürlich mit Vorschlägen und Empfehlungen hervorgetreten; aber mit der Konferenz hätten auch die Unterhandlungen aufgehört. Da die Kriegführenden jetzt mit einander unterhandelten, habe Ihrer Maj. Regierung keine Absicht, sich weiter in die Sache zu mengen.

Griffith fragt, ob der edle Lord von irgend einer auswärtigen Vermittlung Kunde habe, die seit dem Schluß der Londoner Konferenz zur Schlichtung des deutsch-dänischen Streits versucht worden sei. Lord Palmerston glaubt, daß keine solche Vermittlung zur Anwendung gekommen sei. Er glaube, daß die französische Regierung den deutschen Mächten Mäßigung empfohlen habe (hört, hört!), aber die Unterhandlungen hätten lediglich zwischen dem Vertreter Dänemarks einerseits und den Regierungen von Oesterreich und Preußen anderseits stattgefunden.

Kinglake erhebt sich zu einer Motion auf Vorlegung von Schriftstücken, die sich auf die Gründung des mexikanischen Kaiserreichs beziehen, und wünscht England Glück dazu, daß es, Dank dem Muth und Scharfblick Sir C. Wycke's, sich jedenfalls von der Invasion, welche die Franzosen in Mexiko betreiben, losgemacht habe. Die Franzosen hätten nicht mehr als ungefähr ein Zehntel des ganzen mexikanischen Gebietes inne. In dieser Sachlage könne er keine Rechtfertigung der vorgeschlagenen oder beabsichtigten Anerkennung der erzherzogl. Regierung sehen. Es könne dafür blos Gründe der höhern Politik geben. Ueberall freilich, wohin die französischen Truppen dringen, würden sich „Notabeln" finden lassen, die einem Erzherzog gern eine Krone anbieten; allein er glaube die Behauptung verantworten zu können, daß auf keinem außer dem Bereich der französischen Truppen befindlichen Punkt irgend Jemand die geringste Lust gezeigt habe, das monarchische System in jenem Theil der Welt eingeführt zu sehen. Wie komme es, daß England, seinen alten Prinzipien zuwider, es mit dem Angreifer gegen die Angegriffenen halte? Früher hätten englische Staatsmänner sich wohl gehütet, voraus zu bestimmen, was sie in einer gewissen künftigen Eventualität thun würden, und wenn man ihnen dies zumuthen wollte, hätten sie stets geantwortet, daß sie parlamentarische Minister seien und ihre Nachfolger nicht binden dürften. Indem der französischen Regierung die Anerkennung des mexikanischen Kaiserreichs versprochen wurde, sei man leider von jenem heilsamen Prinzip abgewichen.

Lord Palmerston: Ihrer Maj. Regierung beabsichtigt in dieser Sache keine andere Politik zu befolgen, als in allen ähnlichen Fällen. Es war immer unser Brauch, bestehende Regierungen anzuerkennen. Ohne über den Ursprung einer Regierung, gleichviel ob einer republikanischen oder monarchischen, ängstliche Untersuchungen anzustellen, treten wir, wo wir immer eine Regierung begründet sehen, in freundliche Beziehungen zu ihr. (Hört!) Mein ehrenw. Freund sagt, wir hätten uns mit der Anerkennung des mexikanischen Kaiserreichs übereilt. Allein er ist im Irrthum. Der Erzherzog ersuchte uns, sein künftiges Reich anzuerkennen, während er noch in Europa war. Wir waren nicht geneigt, dies zu thun, und sagten: es würde unserm Brauch und unsern Prinzipien ganz und gar widerstreiten; aber wenn er bei der Ankunft in Mexiko vom Volk empfangen und seine Regierung durch das Volk eingesetzt würde, so sei es allerdings unser Wunsch, daß Mexiko eine stabile Regierung habe. Die Hauptursache des Mißvergnügens, das wir lange Zeit über jenes Land empfunden haben, ist, daß Mexiko von einer Reihe militärischer Häuptlinge regiert worden ist, die einer nach dem andern ihre Macht dazu benützt haben, englische Unterthanen zu plündern und zu ermorden; denn Engländer wurden dort nicht besser, sondern eher schlechter als die Angehörigen anderer Nationen behandelt. Es lag uns deßhalb sehr daran, in Mexiko eine Regierung eingesetzt zu sehen, mit der man in Beziehungen treten könnte. (Hört, hört!) Mein ehrenw. Freund sagt, die französischen Truppen hätten nur einen begrenzten Theil des mexikanischen Gebiets inne. Dies mag sein, aber es folgt daraus mit Nichten, daß das Volk in jenen Gegenden, welche die französische Armee nicht besetzt hat, keine Neigung habe die Regierung des Kaisers zu unterstützen. Und man berichtet uns — man kann uns freilich falsch berichten, aber genug, unsere Berichte lauten dahin —, daß die indische Bevölkerung, die einen großen Theil der Gesammtzahl der Einwohner bildet, voll guter Gesinnung gegen den Kaiser sei. (Hört, hört!) Ohne Zweifel steht noch eine Anzahl Truppen unter eingeborenen Führern der französischen Armee feindlich gegenüber, aber man sagt uns, daß die französische Regierung Transportschiffe verwende, um einen Theil ihrer Soldaten nach Hause zu befördern, welche Thatsache doch den Schluß erlaubt, daß die Neigung des mexikanischen Volkes, die Herrschaft des Kaisers anzunehmen, größer zu sein scheint, als man meinem ehrenw. Freund gesagt hat. Alles, was ich sagen kann, ist — unser Verhalten wird davon abhängen, was wir über die Art hören, wie die Autorität des Kaisers sich begründet. Wenn wir finden, daß eine Aussicht auf das Zustandekommen einer dauernden Regierung vorhanden ist, so werden wir sie mit Freuden anerkennen. Eine solche Regierung wird Mexiko und Europa zum Vortheil gereichen. Finden wir anderseits, daß die Dinge sich ungewiß gestalten und daß ein Krieg fortdauert, der glücklich oder unglücklich ausgehen kann, so werden wir sagen, diese Regierung sei nicht der Art, daß wir uns berechtigt erachten könnten, den Erzherzog als Kaiser von Mexiko anzuerkennen. (Hört, hört!)

Jetzt erscheint Sir Augustus Clifford, der Träger des schwarzen Stabes, um den Sprecher und die Gemeinen nach dem Oberhause einzuladen, damit sie die königl. Sanktionirung verschiedener Bills und die Prorogationsrede anhören können. Die Prorogation erfolgt durch einige Bevollmächtigte, die im Namen der Königin handeln, und die Thronrede wird vom Lord Kanzler verlesen. Die ganze Zeremonie im Oberhause dauert etwa drei Viertelstunden. Der Sprecher kehrt darauf in Begleitung Lord Palmerston's und einiger andern Mitglieder nach dem Unterhause zurück, und verliest die Thronrede abermals. Nach dieser Formalität schüttelt Lord Palmerston dem Sprecher die Hand, die andern noch anwesenden Mitglieden folgen seinem Beispiel, und das Haus geht auseinander. So schloß die Session von 1864.

Ueberlandpost.

Triest, 30. Juli. Calcutta, 22., Hongkong, 13. Juni. Die von der „Gazelle" gekaperten Schiffe „Karoline" und „Katherine" wurden freigegeben und segeln jetzt unter preußischer Flagge. Der Sonderburger Schooner „Falk" wurde vom preußischen Bevollmächtigten verkauft. Die „Gazelle", welche Befehl erhielt, schleswig-holsteinische Schiffe frei passiren zu lassen, ist nach Tschiffu abgegangen. — Der englische Gesandte von Yeddo ist nach Yokohama zurückgekehrt. — Die Franzosen wollen die Verträge mit Japan nicht durch Waffengewalt aufrechterhalten. — Die Seidenernte wird in China unter der vorjährigen, die in Japan reichlich ausfallen.

Amerika.

* **Neu-York**, 21. Juli. Lincoln hat 500,000 Freiwillige einberufen, unter Androhung der Konskription für 1 Jahr, wenn sie im September nicht vollständig gestellt sind. Sherman steht 10 Meilen von Atlanta. Gestern griffen die Südstaatlichen dreimal an, wurden aber zurückgeschlagen.

Die „Times" und „Herald" versichern, zwischen Vertretern Lincoln's und der Südstaaten hätten in Kanada Besprechungen über Friedensunterhandlungen stattgefunden. Fessenden beabsichtigt ein Nationalanlehen.

Gold 258, Wechselkurs 281, Baumwolle 162—163.

* **Neu-York**, 21. Juli. Das südstaatliche Korps, welches Kentucky überschwemmt hat, wird auf 5- bis 15,000 Mann geschätzt. Sie stehen unter Ducuis Befehl.

Baden.

♀ Mannheim, 31. Juli. In den vorgestern beendigten Abstimmungen zur Wahl der Niederstbesteuerten für den großen Bürgerausschuß hat sich in der zwölften Stunde recht lebhafte Betheiligung gezeigt. Ueber 400 Bürger gaben ihre Stimmen ab. Das Ergebniß der Wahl ist fast ganz nach dem konservativen Vorschlag ausgefallen. Von den 16 Vorgeschlagenen desselben sind 15 aus der Wahlurne hervorgegangen; der mit den wenigsten Stimmen hatte einen beträchtlichen Vorsprung vor dem höchsten der 15 Vorgeschlagenen der entschiedenen Fortschrittspartei, die eine hinlängliche Stimmenzahl nicht erhalten haben. Einer ihrer Vorgeschlagenen ist gewählt worden.

Konstanz, 28. Juli. Die „Konstanz. Ztg." berichtet: Vor wenigen Tagen wurde der Eisenbahnzug unweit Radolfzell durch die Achtsamkeit des Bahnwärters vor einer großen Gefahr gerettet. Ein Verruchter hatte in raffinirtester Weise schwere Steine nicht etwa nur auf die Schienen gelegt, sondern so neben den Schienen eingeklemmt, daß der Zug fast nothwendig hätte entgleisen müssen. Der seit Mittwoch in den Händen der Polizei befindliche Thäter hat bereits gestanden; er entschuldigte sich mit Trunkenheit!

Vermischte Nachrichten.

— Heidelberg, 30. Juli. (Mnnh. J.) Es wird Manchem von Interesse sein, zu erfahren, daß am 5. August d. J. bei Gelegenheit eines Festes, welches Se. Königl. Hoheit der Erbgroßherzog von Sachsen-Weimar gibt, eine großartige Schloßbeleuchtung stattfinden wird.

— Stuttgart, 30. Juli. (Sch. M.) Da nach altem Herkommen die Stadtgemeinde nach der Thronbesteigung eines Monarchen denselben mit einer Verehrung begrüßte, die in 100 Louisd'or für den Regenten, in 100 Dukaten für seine Gemahlin bestand, so richtete Stadtschultheiß Sick im Namen des Gemeinderaths an geeigneter Stelle eine hierauf bezügliche Anfrage, worauf die Antwort einging, daß Se. Majestät hievon keinen Gebrauch zu machen wünsche, indem ihm die gute Absicht vollkommen genüge.

— München, 30. Juli. (A. Ztg.) Die von Professor Widnmann modellirte, in der k. Erzgießerei gegossene Statue Iffland's, welche König Ludwig I. in Mannheim aufstellen läßt, ist von morgen an drei Tage lang in der k. Erzgießerei aufgestellt, und wird dann nach dem Ort ihrer Bestimmung abgeführt werden.

— Ansbach, 28. Juli. (Fränk. Ztg.) In der gestrigen zahlreich besuchten außerordentlichen Versammlung des hiesigen Schleswig-Holstein-Vereins wurden folgende, vom Vorsitzenden vorgeschlagene und begründete drei Resolutionen einstimmig angenommen:

„1) Preußens Vorgehen in Holstein ist als ein Akt der brutalsten Gewalt zu verdammen. 2) Wir bedauern die Schwäche und Muthlosigkeit des Deutschen Bundes, durch welche allein jene Handlungsweise Preußens Erklärung, keineswegs Rechtfertigung findet. 3) Wir erwarten von dem Deutschen Bunde nichts mehr. Sollten aber die deutschen Mittel- und Kleinstaaten sich noch zur Abwehr der Vergewaltigung ermannen, so können sie der kräftigsten und ausdauerndsten Unterstützung ihrer Völker gewiß sein."

— Wien, 29. Juli. Nach dem so eben erschienenen Militärschematismus hat Oesterreich an Infanterie: 80 Linien-Infanterie-, 14 Grenz-Infanterieregimenter und 1 Grenzbataillon, 1 Jägerregiment zu 6 Bataillonen, 32 Feldjägerbataillone, 10 Sanitätskompagnien; an Kavallerie: 12 Kürassier-, 2 Dragoner-, 14 Husaren- und 13 Uhlanenregimenter; an Artillerie: 10 Feld-, 2 Reserve-, 1 Küstenartillerie- und 1 Raketeurregiment, 30 Zeugartillerie-Kommandanten; ferner 2 Genieregimenter, 6 Pionierbataillone; Fuhrwesenkorps mit den Landesfuhrwesens-Kommandanten zu Wien, Pesth, Udine, Prag, Brünn, Hermannstadt und Lemberg; 10 Gendarmerieregimenter, zu Wien, Prag, Venedig, Lemberg, Kaschau, Pesth, Preßburg, Oedenburg, Klausenburg, Triest, und Militärpolizeiwach-Korps zu Wien, Prag, Pesth, Venedig, Lemberg, Krakau, Triest, Padua, Treviso, Rovigo, Mantua, Vicenza. An Kriegsschiffen und Fahrzeugen zählt die kaiserl. Marine: a) Seeschiffe, und zwar: 40 Dampfschiffe mit 651 Kanonen und 12,050 Pferdekraft, dann 16 Segelschiffe mit 225 Kanonen; b) Binnenseeschiffe, und zwar: 26 Dampfschiffe mit 72 Kanonen und 1531 Pferdekraft, und 35 Segelschiffe mit 115 Kanonen; zusammen 117 Schiffe mit 1063 Kanonen und 13,581 Pferdekraft.

Nachschrift.

Telegramm.

† **Wien**, Montag 1. Aug., Nachmittags. Die heutige Konferenzsitzung dauerte 4 Stunden und endete um 2 Uhr. Hr. v. Bismarck reist heute Abend nach Gastein ab.

Die „Generalkorrespondenz" schreibt: Heute Mittag wurden die Präliminarien und ein Waffenstillstand auf drei Monate unterzeichnet.

Karlsruher Witterungsbeobachtungen.

30. Juli.	Barometer.	Thermometer.	Wind.	Himmel.	Witterung.
Morgens 7 Uhr	28" 0,70'''	+17,0	N.W.	schw. bew.	Sonnensch., mild
Mittags 2 „	„ 0,73'''	+22,0	S.W.	„ „	„ heiß
Nachts 9 „	„ 1,03'''	+16,5	„	„ „	heiter, mild
31. Juli.					
Morgens 7 Uhr	28" 1,56'''	+15,0	S.W.	rein	heiter, mild
Mittags 2 „	„ 1,34'''	+22,0	„	schw. bew.	„ heiß
Nachts 9 „	„ 0,83'''	+16,0	„	„ „	„ mild

Maxau, 31. Juli. Rheinwasser-Wärme 17 Grad.

Verantwortlicher Redakteur:
Dr. J. Herm. Kroenlein.

Großherzogliches Hoftheater.

Donnerstag 4. Aug. 3. Quartal. 75. Abonnementsvorstellung. **Die Alten und die Jungen**; Lustspiel in 1 Akt, von H. Lorm. Hierauf: **Der Geizige**; Lustspiel in 5 Akten, von Molière, nach Dingelstedt's Bearbeitung und Uebersetzung.

Sonntag 7. Aug. 3. Quartal. 76. Abonnementsvorstellung. **Lohengrin**; große Oper in 3 Akten, von Richard Wagner.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Z.m.365. Merchingen. Entfernten Freunden und Bekannten die schmerzliche Nachricht, daß unsere gute Gattin und Mutter, M. Müller, geb. Kettemann, in Folge eines Schlagflusses am 27. d. Mts., Abends ½6 Uhr, in ihrem 62. Lebensjahre sanft zur ewigen Ruhe eingegangen ist. Um stille Theilnahme bitten,

Merchingen, den 29. Juli 1864,

Der tiefbetrübte Gatte
Heinrich Müller, Bezirksförster,
und Kinder
Ferdinand,
Amalie,
Henriette,
Bertha.

Z.m.353. Karlsruhe.

Bekanntmachung.

Es wird hiermit zur öffentlichen Kenntniß gebracht, daß **vom 1. kommenden Monats an** für den **direkten Güterverkehr** zwischen der **großh. Staats-Eisenbahn** und der **Main-Neckar-Bahn** einerseits und den **französischen Ost-, West-, Nord-, Orleans- und Paris-Lyon-Mittelmeer-Bahnen** an Stelle der bisherigen Bestimmungen **neue Tranportvorschriften** und ein **neuer Tarif** in Anwendung kommen werden.

Ueber die Stationen, welche dieser direkte Verkehr umfaßt, sowie die für denselben maßgebende Tarif- und Waarenklassifikation und sonstigen Transportvorschriften wird bei sämmtlichen großh. Gütererpeditionen nähere Auskunft ertheilt, wie auch bei denselben Expeditionen Exemplare fraglichen Tarifs gegen Ersatz der Anschaffungskosten abgegeben werden.

Karlsruhe, den 27. Juli 1864.

Direktion der großh. Verkehrsanstalten.
B. V. d. D.
Poppen.

Schneider.

Erklärung. Z.m.380. Heidelberg. In einer der letzten Nummern der Berliner „Reform" war als Gegner des am 6. Juli hier verstorbenen stud. Leist der Herr von Vangerow, einziger Sohn des Geheimrathes v. Vangerow, bezeichnet worden. Der unterzeichnete Seniorenconvent sieht sich gedrungen, folgende Erklärung im Interesse der Wahrheit abzugeben:

Der unterzeichnete Seniorenconvent, dem beide Herren angehörten, kennt die beiden Persönlichkeiten und näheren Umstände so genau, daß er mit Sicherheit behaupten kann, obengenannter Herr v. Vangerow sei weder der Gegner des Herrn stud. Leist gewesen, noch habe er mit dieser Sache in irgend welchem Zusammenhange gestanden. Gegen den Urheber dieses Artikels in der „Reform" sind bereits die nöthigen Schritte gethan worden.

Im Auftrage des Seniorenconventes
zu Heidelberg:
Weber, Knebusch, v. Rönne, Marasse, v. Watzdorff.

Z.m.350. Nancy.

Fräulein-Institut

geleitet von

Madame Sesselmann.

Französische, deutsche und englische Anstalt.

Der Preis fürs Schuljahr 800 Franken; die Musik besonders. — Prospekte und nähere Auskunft in franz., deutscher oder englischer Sprache ertheilt mit Vergnügen Madame **Sesselmann, Faubourg S. Jean, Nancy.**

Herr **Karl Dennig,** Kaufmann in **Pforzheim,**
Herr **Winter,** Obereinnehmer in **Mannheim,**
Herr **H. Rosenthal** in **Mannheim,**
Herr **J. M. Schopfer** in **Lahr,**
Herr **Milius** in **Lahr,**
Herr **Lafontaine** in **Karlsruhe**
sind geneigt, nähere Auskunft über die Anstalt zu geben.

Z.m.375. Jöhlingen, Oberamts Durlach.

Gemeinde-Arztstelle.

Wir beabsichtigen, die am 21. Oktober d. J. hier frei werdende Gemeindearztstelle wieder zu besetzen und fügen bei, daß die hiesige Gemeinde nahezu 2500 Einwohner zählt, die einen jährlichen Gehalt von 400 fl. bietet. Die Bewerber haben sich über Licenz der innern Heilkunde, Chirurgie und Geburtshilfe genügend auszuweisen und Zeugnisse hierüber

innerhalb 6 Wochen

anher einzusenden.

Weitere Auskunft wird auf Verlangen gern ertheilt.

Jöhlingen, den 21. Juli 1864.

Bürgermeisteramt.
Schaier.
vdt. Rathschr. Unger.

Kellnergesuch.

Z.m.369. Ein tüchtiger erfahrener **Kellner,** der französisch spricht, ein gefälliges und artiges Aeußere besitzt, kann gegen gutes Salair dauernde Stelle finden. Eintritt gleich. Wo? sagt die Expedition dieses Blattes unter Nr. 222.

Gesuch. Z.m.366. Pforzheim. Ein fleißiger junger Mann, der mit Pferden recht umzugehen weiß, gute Zeugnisse über Brauchbarkeit besitzt, findet in einem hiesigen Hause gegen guten Lohn sogleich eine Anstellung.

Anmeldungen bei der Expedition dieses Blattes.

Pforzheim, den 31. Juli 1864.

Z.m.381. Heidelberg.

Arbeitergesuch.

Geübte **Maschinenschlosser** und ein tüchtiger **Kesselschmied** erhalten bei gutem Lohn dauernde Beschäftigung in der Maschinenfabrik von

W. Hefft in Heidelberg.

Anerbieten. Z.k.555. Ein junges Mädchen, welches die hiesigen Lehranstalten besuchen will, findet Aufnahme bei einer kleinen Familie, woselbst sie sich in der französischen Sprache und in der Musik weiter ausbilden kann. Adressen beliebe man bei der Expedition der Karlsruher Zeitung abzugeben.

Z.m.362. Thiengen.

Die Schützengesellschaft Thiengen

wird am 28., 29, 30. u. 31. August u. 1. Septbr. d. J.

das Kreisschießen für den See-, Höh- und Klettgau mit

Ehren- und Geldgaben, sowie Prämienbecher

abhalten; wozu sie alle Schützen und Schützenfreunde auf das freundlichste einladet.

Es wird nur aus freier Hand geschossen. Die Entfernung der Feldscheiben beträgt 1050', die der Standscheiben 650'.

Alles Nähere besagt der Schießplan.

Thiengen, den 20. Juli 1864.

Der Fest-Ausschuß.

Z.m.328. Pforzheim.

Kreisschießen in Pforzheim.

An die Schützen des badischen Landes.

Um alle Mißverständnisse über die Berechtigung zum Schießen auf die Feldfestscheibe „Schwarzwald" zu vermeiden, tragen wir zu der in unserem ausgegebenen Schießplan hierüber getroffenen Bestimmungen erläuternd nach, daß auf diese Scheibe „Jeder, der Mitglied des badischen Landesschützen-Vereins ist", schießen darf, daß aber außerdem auch diejenigen Schützen, badische oder außerbadische, darauf schießen dürfen, welche sich als Mitglieder des deutschen Schützenbundes legitimiren.

Auf der Standfestscheibe „Enz" kann jeder Schütze schießen, der eine Stichkarte löst, gleichviel ob er Mitglied des badischen Landesschützen-Vereins, oder des deutschen Schützenbundes ist oder **nicht.**

Ein Verzeichniß der zahlreich eingegangenen Ehrengaben versenden wir in den nächsten Tagen an alle Gesellschaften des Landes. — Ebenso sind bereits viele Anmeldungen zum Besuch des Festes eingelaufen, und wir glauben unsern Gästen vergnügte Tage versprechen zu dürfen.

Pforzheim, den 28. Juli 1864.

Mit Schützengruß und Handschlag
Die Schützenmeister.

Z.k.763. Heidelberg und Karlsruhe.

Concert- u. Cabinet-Flügel, Pianino's, Tafelpiano's, Harmoniums in reicher Auswahl.

Pianoforte- und Harmonium-Lager

von Georg Trau Wwe.

Heidelberg Westl. Hauptstraße 108. — **Karlsruhe** Zähringerstraße 100.

Z.h.395. Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim.

Güterdampfschifffahrts-Dienst für eigene Rechnung und Speditionsgeschäft von

S. Lederle in Ludwigshafen a. Rh. u. Mannheim.

Regelmäßige Fahrten nach **Coblenz, Neuwied, Bonn, Cöln** u. s. w. im Anschluß an die abgehenden Seeschiffe.

Die Spedition von Gütern nach allen Richtungen, und **namentlich auch nach Amerika,** wird billigst und unter Zusicherung der promptesten Besorgung übernommen. Jede hierüber zu wünschende Auskunft wird jederzeit bereitwilligst ertheilt.

Ludwigshafen a. Rh. und Mannheim, im April 1864.

S. Lederle.

Z.h.515. New-York.

A. Moeller & Comp^ie

32 liberty Street

New-York,

empfehlen sich in **Spedition & Kommission.**

Referenzen:
Herrn **S. Lederle** in **Ludwigshafen a. Rh. & Mannheim,**
Herren **Gebrüder Kempf** in **Neustadt a. H.,**
„ **C. Hemmann & Cie.** in **Rotterdam,**
„ **Heinr. Rüppel & Sohn** in **Bremen,**
Herrn **Heinr. Eduard Sohns** in **Hamburg.**

Z.k.525. Karlsruhe.

Niederlage

der berühmtesten amerikanischen

Nähmaschinen

für Familien und alle Gewerbe, als:

Grover & Baker, Wheeler & Wilson, Howe, Willcox & Gibbs, Wanzer und imitirter deutscher Fabrikate, die alle vorräthig mit den neusten Apparaten und unter Garantie — billigen Preisen — Zahlungserleichterungen verkauft werden bei

L. Spies,
Herrenstraße 23, **Karlsruhe.**

Ebenda werden alle Reparaturen von Nähmaschinen aufs pünktlichste besorgt.

Maschinennadel, Faden, Seide.

Baden-Baden.

Z.m.372. **Ein ausgezeichnet schönes, kräftiges, norddeutsches, 7jähriges Pferd, Rapp (Wallach), ist sofort zu verkaufen. Zu erfragen Nr. 399.**

Z.m.344. Cannstatt.

Modellschreiner-Gesuch.

Mehrere tüchtige Modellschreiner finden dauernde Beschäftigung und gute Bezahlung in der Maschinenfabrik von **Gebrüder Decker & Co.** in **Cannstatt.**

Pforzheimer Cement,

bestens empfohlen von den Gr. verehrlichen technischen Behörden, ist stets in frischer guter Waare vorräthig in der Fabrik von Z.f.686.

Emil Belser in Pforzheim.

Z.i.808. Nr. 368. Neustadt.

Versteigerungsankündigung.

Aus der Gantmasse des Paul und der Maria Faller dahier werden am

Samstag, den 10. September d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

im Rathhaus dahier nachfolgende Liegenschaften zu Eigenthum versteigert und endgiltig zugeschlagen, wenn der Anschlag oder darüber geboten wird.

Ein dreistöckiges, von Stein erbautes Wohnhaus mit Scheuer und Stallung unter einem Dach, in der Oberstadt, Hausnummer 159, nebst 3 Viertel 11 Ruthen 32 Fuß Bündt, Gemüsgarten, Hausplatz, Dunglege und Weg, grenzt unten an Xaver Frei Wtb. und Johann Georg Böhrenbach, oben an die Landstraße, hinten an Heinrich Dächert und vorn an Joh. Knöpfle Wtb., angeschlagen zu 5500 fl.

5 Jauchert, 2 Viertel 59 Ruthen Wies- und Ackerfeld in den Schottenmatten, grenzt nördlich an Johann Merz, hinten an Engelbert Hellmuth, südlich an Gemeindeallmend, vorn an Gallus Kleiser, angeschlagen zu . . . . . 1200 fl.

4 Jauchert 3 Bierling 3 Ruthen Wiesfeld auf der Aigen, grenzt vorn an Andreas Ruf, hinten und unten an die Wuttach, oben an Johann Fischer, angeschlagen zu . . . . . 500 fl.

Die Versteigerungsbedingungen werden am Versteigerungstag bekannt gemacht, können aber auch vorher bei dem Unterzeichneten eingesehen werden.

Neustadt, den 27. Juli 1864.

Der Vollstreckungsbeamte.
Zimmermann, Notar.

Z.m.325. Nr. 3791. Karlsruhe.

Vergebung von Maurer- und Steinhauer-Arbeit.

Zur Vergrößerung des Verladplatzes auf dem Rastatter Bahnhof soll die Maurerarbeit im Betrag von 1100 fl.
die Steinhauerarbeit im Betrag von . . 600 fl.
im Gesammtbetrag von 1700 fl.
an einen Uebernehmer im Soumissionswege vergeben werden.

Die Angebote auf sämmtliche Arbeiten sind bis zum 6. August d. J., Vormittags 10 Uhr, auf dem technischen Bureau der unterzeichneten Stelle, wo die Voranschläge und Uebernahmsbedingungen eingesehen werden können, abzugeben.

Karlsruhe, den 27. Juli 1864.

Großh. bad. Eisenbahnamt.
Der Vorstand: Burg. — Der Bezirksingenieur: Bischoff.
vdt. Bernlacher.

Z.i.811. Ettlingen.

Zwangsversteigerung.

In Folge richterlicher Verfügung werden in der Sägmühle des Werkbesitzers Johann Schottmüller im Albthal am

Donnerstag den 4. August d. J.,
Nachmittags 2 Uhr,

zwölf Stück Hobelbänke und eine Kommode mit Glasaufsatz gegen Baarzahlung versteigert; wozu die Liebhaber eingeladen werden.

Ettlingen, den 31. Juli 1864.

Gäng, Gerichtsvollzieher.

Z.i.815. Maulbronn. (Anzeige eines Raubs und versuchten Mords.) Der ledige Bäcker und Müller Gottlob Schnell von Lippoldsweiler, Oberamts Backnang, ist in der Nacht vom 26. auf den 27. d. M. auf der Reise von Pforzheim nach Mühlacker zwischen Niefern und Dürrmenz von seinem unbekannten Begleiter angefallen, schwer verwundet und seiner in einem sogenannten Berliner verwahrten Habseligkeiten beraubt worden.

Es wird dies zum Zweck der Verhaftung des Thäters und der Wiederbeischaffung der geraubten Gegenstände mit nachstehendem Signalement und Verzeichniß bekannt gemacht.

Beschreibung des Verbrechers.

Alter, etwa 21 Jahre; Größe, etwa 5' 7"; Statur, schlank; Angesicht, länglich und sonngebräunt; Haare, schwarz; Stirne, mittelhoch; Nase, spitzig; Wangen, nicht voll; Mund, mittelgroß; Zähne, gut; Beine, gerade.

Kleider: schwarzer Tuchrock, deßgleichen Beinkleider und Weste, nebst einem schwarz und weiß gesteinten Sommerrock und dunkler Kappe. Auch trug der Thäter einen braungebrannten Naturstock und einen Reisebündel mit schwarzem Wachstuch.

Geraubte Gegenstände.

An Geld 30 fl., bestehend in Vereinsthalern, Eingulденstücken, Halbguldenstücken und Scheidemünze; eine silberne Cylinderuhr ziemlicher Größe, mit Sekundenzeiger, römischen Zahlen, vergoldeter Erbsenkette und einer schwarzen Haarschnur; ein schwarzer Tuchwamms; ein neues Hemd, G. S. gezeichnet; eine baumwollene, gestrickte Müllerskappe; eine weißgesteinte Weste; eine schwarztuchene Kravatte; ein lederner rother Leibgürtel; ein Paar baumwollene, weiße Strümpfe, G. S. gezeichnet, und einige unbedeutendere Gegenstände, deren sich der Beraubte nicht mehr zu erinnern weiß.

Den 28. Juli 1864.

Königl. württ. Oberamtsgericht.
März.

Z.i.819. Nr. 11,035. Bruchsal. (Aufforderung und Fahndung.) Michael Wehrle, Knecht von Bruchsal, welcher des Vergehens der Verführung angeschuldigt ist, hat sich zwischen dem 27. und 28. d. Mts. flüchtig gemacht. Derselbe wird hiermit aufgefordert, sich beim unterzeichneten Amtsgericht binnen 8 Tagen zu stellen, indem sonst nach dem Ergebniß der Untersuchung das Erkenntniß gefällt werden wird. Zugleich werden die Behörden ersucht, auf Wehrle zu fahnden, und ihn im Betretungsfall anher abzuliefern. Derselbe ist 44 Jahre alt, 5' 8" groß, hat einen kräftigen Körperbau, braune Haare, graublaue Augen und einen schwerfälligen Gang.

Bruchsal, den 30. Juli 1864. Großh. bad. Amtsgericht. Dietz.

Z.i.820. Nr. 15,388. Pforzheim. (Aufforderung und Fahndung.) Der 21jährige ledige Goldarbeiter Anton Fläxel aus München, welcher wegen Körperverletzung dahier in Untersuchung steht, hat sich der weitern gerichtlichen Verfolgung durch heimliche Entfernung von hier entzogen, und ist sein derzeitiger Aufenthalt unbekannt. Derselbe wird nun aufgefordert,

binnen 4 Wochen

sich bei diesseitigem Untersuchungsgericht zu stellen, widrigens nach dem Ergebniß der Untersuchung gegen ihn erkannt werden solle.

Auch werden sämmtliche resp. Behörden ersucht, auf diesen Fläxel zu fahnden und ihn im Betretungsfall an uns abzuliefern.

Pforzheim, den 28. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

Z.i.797. Nr. 15,633. Pforzheim. (Urtheil und Fahndung.) Cr.Nr. 3231—36. II. S. In Untersuchungssachen gegen Siegfried Sackberger von Bilfingen und Karl Mack von da, wegen Körperverletzung bei Raufhändeln, wird auf geführte Untersuchung zu Recht erkannt:

Siegfried Sackberger von Bilfingen sei der bei Raufhändeln verübten Körperverletzung des Johann Gündele von Ersingen, Karl Mack von Bilfingen der bei Raufhändeln verübten Körperverletzung des Leonhard Eßwein von Ersingen für schuldig zu erklären, und deßhalb Siegfried Sackberger zu einer Amtsgefängnißstrafe von 14 Tagen, geschärft durch drei Tage Hungerkost, Karl Mack zu einer Amtsgefängnißstrafe von achtzehn Tagen, gleichfalls geschärft durch drei Tage Hungerkost, Jeder zur Tragung der Hälfte der Untersuchungskosten, unter sammtverbindlicher Haftbarkeit für den ganzen Betrag, endlich Jeder zur Tragung der Kosten seines Strafvollzugs zu verurtheilen.

V. R. W.

Dessen zur Urkunde wurde dieses Urtheil ausgefertigt und mit dem größern Gerichtsinsiegel versehen.

So geschehen Bruchsal, den 20. Juli 1864.

Großh. bad. Hofgericht des Mittelrheinkreises.
(gez.) Bohm. (L. S.) (gez.) Wieland.

Aus gr. bad. Hofgerichtsverordnung.
v. Neubronn.

Dies wird dem flüchtigen Siegfried Sackberger von Bilfingen auf diesem Wege bekannt gemacht, und frühere Bitte um Fahndung auf denselben wiederholt.

Pforzheim, den 29. Juli 1864.

Großh. bad. Amtsgericht.
Gärtner.

Z.m.358. (Dienstantrag.) Bei der großh. Obereinnehmerei Schwetzingen ist für einen angehenden Kanzleigehilfen eine Stelle mit 250 fl. Gehalt und einigen Accidenzien erledigt.

Druck und Verlag der G. Braun'schen Hofbuchdruckerei.

(Mit einer Beilage.)